

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz u.
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk. bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 Mk.; durch die Post monatlich 2.60 Mk. freibleibend



Anzeigen-Größenzahlen in Pfd.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfd., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfd.; amlich 1 mm
30 Pfd. und 24 Pfd.; Beklame 25 Pfd. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontofällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 7/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großböhndorf, Breinig, Hanswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Kleindittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 206

Donnerstag, den 4. September 1930

82. Jahrgang

Außenpolitische Erklärung des Kabinetts Brüning

Fortsetzung des bisherigen Kurses

Amtlich wird mitgeteilt:

Anlässlich der bevorstehenden Abreise der deutschen
Delegation zur Genfer Völkerbundtagung fand unter dem
Vorsitz des Reichszanklers Dr. Brüning eine Aussprache
über die auf der Genfer Tagung zur Erörterung kommenden
Fragen sowie den damit zusammenhängenden außenpolitischen
Problemen statt. Die eingehende Aussprache im Mini-
sterkreise führte zu einer vollen Übereinstimmung mit
dem Vortrag des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. C u r-
t i u s. Der Reichszankler stellte abschließend die einmütige
Zustimmung des Reichskabinetts zu den Ausführungen seiner
Erzherz Rede fest, wonach K a n z l e r u n d A u ß e n m i-
n i s t e r verfassungsmäßig für die Führung der Außen-
politik allein verantwortlich sind, und Voraus-
setzung für Stabilität und Konsequenz einer erfolgreichen
Außenpolitik das Weiterstreben auf der bisherigen grund-
sätzlichen Linie bildet.

Diese Auslassung des Kabinetts versteht man, wenn
man den Gegensatz zwischen den beiden Ministern C r e v i-
r a n u s u n d C u r t i u s berücksichtigt. Minister Crevi-
ranus hatte auf einer Rundgebung vor dem Reichstag eine Ost-Rede
gehalten, die er dann zwei Tage später im Rundfunk inter-
pretierte, nachdem aus- und inländische Kreise ihn wegen
dieser Rede angegriffen hatten. Daraufhin hatte das Kabi-
nett beschlossen, daß Ministerreden zur Außenpolitik nur im
Einverständnis mit dem Außenminister Curtius gehalten
werden sollen. Als nun Minister Creviranus in einer
mittelparteilichen Berliner Zeitung erneut seine Gedanken
zur Außenpolitik entwickelte, hat Reichszankler Curtius ge-
halten, in dem er ihn an die Vereinbarungen im Kabinett er-
innerte. Dieser Streitfall ist in der Kabinettsitzung ausführ-
lich zur Sprache gekommen und hat zu der obigen Auslassung
des Kabinetts Brüning geführt.

40 Millionen Europäer leben als Minderheiten.

Europäische Minderheitentagung in Genf.

Genf. In der „Salle Central“ wurde der 6. Europäische
Minderheitentag eröffnet. Der Präsident, der frühere
slowenische Abgeordnete im rumänischen Parlament Dr.
B i l f a m hieß in deutscher Sprache, die die Hauptsprache
des Kongresses ist, die anwesenden Vertreter von 30 Minder-
heitengruppen aus den verschiedenen europäischen Staaten
willkommen. Zu dem auf der Tagesordnung stehenden Pan-
europagedanken betonte der Präsident, daß als Voraus-
setzung für eine Vereinigung der europäischen Staaten die
geistige Annäherung und Befriedung Europas notwendig
sei. Eine geistige Annäherung der europäischen Völker dürfe
sich nicht auf die Annäherung der Regierung beschränken,
sondern müsse in einer Annäherung der Völker selbst als der
wahren Träger der Bindungen und Trennungen zwischen
den Völkern bestehen.

Die Minderheiten lehnten den Gedanken der Ver-
schmelzung, die ihnen ihr nationales Volkstum
nehmen wolle, ab.

Der Generalsekretär des Europäischen Minderheitentag-
resses, A m e n d e, erstattete dann einen Bericht über die
Schlußfolgerungen, die sich aus den jetzt zum ersten Male
vorliegenden Lageberichten der einzelnen europäischen Min-
derheiten ergeben. Im europäischen Gebiet lebten heute
unter Ausschluß des russischen Reiches 40 Millionen
Menschen als Minderheiten in 15 europäischen
Staaten. Die Minderheitenfrage sei heute eine Angelegen-
heit, die die gesamten Völker unmittelbar berühre. Die
Lageberichte der Minderheiten seien ein neuer schlagender
Beweis, daß das Minderheitenproblem in Europa noch nicht
gelöst sei, und daß hierin die eigentliche Ursache der Ver-
giftung der Atmosphäre des europäischen
Kontinents zu sehen sei.

Um die Neuregelung der Krisenunterstützung.

Auf Antrag Preußens hat der Reichstag bei der Ver-
abschiedung des Gesetzes zur Änderung des Ge-
setzes über Arbeitsvermittlung und Ar-

beitslosenversicherung am 21. Juni 1930 folgende
Entschlüsse angenommen:

Der Reichstag stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zur
Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Ar-
beitslosenversicherung in der Voraussetzung zu, daß alsbald
eine der Wirtschaftslage Rechnung tragende Neuregelung
der Krisenunterstützung und der Unter-
stützung der Wohlfahrtsarbeiter erfolgt.
Zur Vorbereitung der ebenfalls einzuleitenden gesetzlichen
Neuregelung dieser Frage wird die Reichsregierung ersucht,
im Einvernehmen mit den Landesregierungen sofort eine
Erhebung über die Zahl der Krisenunterstützten und Wohl-
fahrtsarbeiter in den einzelnen Gemeinden zu ver-
anlassen und bis zum 1. Oktober d. J. dem Reichstag als
Material vorzulegen.

Reichstagswahlen, Ostmarkenschicksal.

Rundgebung des Deutschen Ostmarken-
Vereins.

Der Deutsche Ostmarken-Verein schreibt zu
den Reichstagswahlen am 14. September u. a.:

„Die allem Recht und aller Vernunft hohnsprechende
Grenzziehung im Versailler Diktatfrieden hat die deutschen
Ostmarken zu absterbenden Gliedern unseres Vaterlandes
gemacht. Nicht nur die durch den Korridor vom Reichs-
körper abgeschnittene Provinz Ostpreußen ist auf die Dauer
lebensunfähig, auch die anderen Grenzprovinzen leiden
unter einer von Tag zu Tag sich verschlimmernden Mitleere.
Die Polen lassen keinen Zweifel daran, daß ihr politisches
Ziel die Eroberung Ostpreußens und die Vortragung der
westlichen Grenzen ihrer Republik bis zur Oder ist. Nicht
nur Danzig und Königsberg, auch Breslau und Stettin
sollen polnische Städte werden, auf die sie ein uraltes Be-
recht zu haben behaupten. Solchen anmaßlichen Forde-
rungen gegenüber kann es für Deutschland nur eine Politik
geben: W i e d e r g e w i n n u n g n i c h t n u r d e s K o r-
r i d o r s, sondern aller uns auf Grund einer ungeheuer-
lichen Geschäftsführung geraubten Gebiete in Posen, Ost-
und Westpreußen und in Oberschlesien.“

Der Deutsche Ostmarken-Verein erhebt daher auf poli-
tischem Gebiet die Forderung, daß nunmehr endlich
die deutsche Regierung in aller Form beim Völkerbund
die Revision des Versailler Vertrages beantragt,

der sich auf der infamen Lüge von Deutschlands Alleinschuld
am Kriege aufbaut, daß Polen zur peinlichsten Einhaltung
des Minderheitenabkommens gezwungen wird und daß
gegen die dauernden Verletzungen der deutschen Staats-
hoheit durch Polen die schärfsten Maßnahmen ergriffen
werden.

Der Deutsche Ostmarken-Verein richtet an alle seine
Mitglieder und an alle vaterländisch gesinnten Volksgenossen
die erste dringende Bitte, bei den bevorstehenden Reichs-
tagswahlen nur solchen Parteien ihre Stimme zu
geben, die gewillt sind, eine Regierung zu bilden, die es als
ihre vornehmste Pflicht betrachtet, im Sinne der vom Deut-
schen Ostmarken-Verein vertretenen Forderungen wahrhaft
deutsche Politik zu treiben im Geiste der Sicherung des
Lebens und der Zukunft unseres Volkes für jetzt und alle
Ewigkeit.“

Diamond ins Ausland abgeschoben.

Aachen. Der in Aachen verhaftete angebliche New-York-
er Verbrecher Jack Diamond wurde am Mittwoch wieder
in Freiheit gesetzt, da die amerikanischen Behörden an der
Auslieferung des Verhafteten angeblich kein Interesse haben.
Der verhaftete Amerikaner bestreitet nach wie vor energisch,
mit dem geflüchteten Diamond identisch zu sein. Er sagt aus,
daß er in keiner Weise etwas mit dem berüchtigten New-
Yorker Jack zu tun habe. Sein Bornahme laute auch nicht
Jack, sondern Sohn.

Der Regierungspräsident in Aachen ist beauftragt wor-
den, die Ausweisung Diamonds auszusprechen und ihn
unter Bedeckung an die Grenze bringen zu
lassen, wobei es dem Regierungspräsidenten anheimgestellt
wird, den Häufing in das Land abzuschleppen, das ihm am ge-
eignetsten erscheint.

Das Wichtigste

Zu dem Feuergefecht zwischen italienischen Grenzposten und Drjuna-
Mitgliedern im Karstgebiet melden die römischen Abendblätter er-
gänzend, daß es sich bei dem erschossenen Soldaten um den von
der italienischen Polizei seit langem gesuchten Bandenführer Josef
Kulic handelte.

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, richtete der Führer der Regie-
rungspartei an den Präsidenten Frigoyen die Aufforderung, zurück-
zutreten. Der Präsident lehnte es ab und erklärte, daß er die Ent-
wicklung abwarten wolle.

Die Stadt San Domingo (Haiti) soll zum großen Teil durch einen
Tornado verwüstet worden sein. Die Verbindung mit San Do-
mingo ist vollständig unterbrochen. Die westindischen Inseln und
Florida befinden sich wegen des herannahenden Tornados im Alarm-
zustand.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat nach hier eingetroffenen Mel-
dungen aus Kabul König Nadir Khan den Befehl zur Hinrichtung von
22 Personen gegeben, die an der letzten Revolution gegen die afgha-
nische Regierung teilgenommen haben. Außerdem wurde eine An-
zahl Personen des Landes verwiesen.

Der politischen Polizei ist es gelungen, eine große kommunistische
Geheimverbindung in Konstantinopel aufzudecken, die ihre Fäden
sogar bis nach Angora ausgebreitet hatte. Zahlreiche Verhaftungen
wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere
Professoren und Studenten.

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Hankau ist der Vertreter
einer deutschen gemischten Firma G. Hantske von den chinesischen
Behörden in Tschuan bei Swatow verhaftet und ins dortige chine-
sische Gefängnis geworfen worden.

Nach einer Meldung Berliner Blätter ist Jack Diamond noch am
Mittwoch in Begleitung von zwei Kriminalbeamten nach Hamburg
gebracht worden, von wo aus er bereits am 5. September die
Rückfahrt nach Amerika antreten wird.

Die Welt ist aus den Fugen.

Die Welt ist aus den Fugen gehoben. Wo man hinblickt,
Europa, Amerika, Asien, auf allen Kontinenten gärt es und
kommende chaotische Zustände scheinen sich abzuzeichnen, wenn
es nicht im letzten Augenblick gelingt, Ordnung in der Welt
zu schaffen. In Versuchen fehlt es ja nicht; aber meistens
sind es halbe und unzulängliche Versuche, mit einer schönen
äußeren Fassade, während sich im Verborgenen die trifen-
haften Zustände der Länder und die Gegensätze zwischen den
Staaten versteifen. — Es ist nicht ganz leicht, die Ursachen
dieser krisenhaften Zustände in aller Welt auf einen Nenner
zu bringen. Jedoch so viel zeichnet sich ab, daß hier und dort
der Weltkrieg direkt oder zum mindesten indirekt einen er-
heblichen Teil dazu beigetragen hat, die Welt aus den Fugen
zu heben.

Schauen wir nach Amerika. In den Vereinigten
Staaten steigt die Arbeitslosigkeit, die fetten sieben Jahre
sich vorüber zu sein und trotz der Anhäufung von Hun-
derten von Millionen Dollars scheinen die U.S.A. dieses
Dollarzeugs, wie so viele andere Staaten, nicht recht froh
werden zu können. Das Gleichgewicht der Mächte in Amerika
hat sich durch den Weltkrieg verschoben. Das ist der Grund
für die nervöse Spannung zwischen Latein- und Anglo-
amerika. Hinzu kommt ferner der Umstand, daß der nord-
amerikanische Kapitalismus in den südamerikanischen Staaten
seinen Einfluß zu verstärken sucht und hier immer wieder
als Unruhefächer, wenn auch oft in äußerst geschickt ver-
schleierte Form, aufzutreten sucht. Revolutionäre Erschei-
nungen sind in Peru, Argentinien und Brasilien
festzustellen. Auch die südamerikanischen Staaten haben nach
dem Weltkrieg unter Folgen schwerer Absatzkrisen zu leiden
— der rapide Preisabbau auf den Rohstoffmärkten hat das
seine dazu beigetragen —, und die Folgen sind Krisen in
diesen Staaten, die durch soziale Mißstände teilweise mit her-
vorgezogen werden.

Die Worte Absah- und Wirtschaftskrise lenken den Blick
sogar nach Europa. Gerade die europäischen Staaten
haben unter diesen Erscheinungen einen schweren Kampf um
die Selbstbehauptung zu führen. Aber letzten Endes ist
das nicht die einzige Ursache der Krisenzustände, die zu
einem erheblichen Teil auch auf das Mißtrauen zurück-
zuführen ist, das die Völker ihren eigenen Regierungen ent-
gegenbringen müssen. Man spricht in England von einer
Krise des Kabinetts MacDonald. Die englische Regierung
hat innenpolitisch in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
wenig Erfolge aufzuweisen, und außenpolitisch noch weniger,
wenn man bedenkt, wie in den letzten Monaten in Ägypten,
Arabien und Mesopotamien und besonders in Indien das
Ansehen um die Weltgeltung des britischen Imperiums nicht
zu unterschätzende Schäden erlitten hat. — In Frankreich
sogar ist es nicht ganz so ruhig, wie man annehmen könnte.
Zwar hat Frankreich auf Grund der deutschen Reparations-
tribüte unermeßliche Goldsummen hamstern, seine Militär-